

**Gastbeitrag.** Der KAV will Wiens Spitäler nur mehr nach ihrem Bezirk benennen. Eine nicht nachvollziehbare Entscheidung.

## Krankenhäuser ohne Namen

VON OTHMAR ZECHNER

Die Generaldirektion des Wiener Krankenanstaltsverbundes hat kürzlich angekündigt, dass nicht nur der KAV selbst, sondern auch einzelne Spitäler einen neuen Namen bekommen. Lässt man großzügig die damit unweigerlich verbundenen Kosten außer Acht, so mag es durchaus vorteilhaft sein, gewisse überlange Titel von sozialmedizinischen Zentren und Pflegeeinrichtungen zu verkürzen. Es ist auch einsehbar, wenn das Allgemeine Krankenhaus der Stadt Wien in Universitätsklinikum AKH Wien umbenannt wird.

Doch für eine Reihe von Kollegen und mich als ehemaligen Primararzt eines dieser Krankenhäuser ist nicht nachvollziehbar, warum etwa das Kaiser-Franz-Josef-Spital, die Krankenanstalt Rudolfstiftung oder das Wilhelminenspital in Zukunft lediglich als Klinik des jeweiligen Bezirkes bezeichnet werden sollen – also Klinik Favoriten, Klinik Landstraße, Klinik Ottakring. Diese Krankenhäuser, in denen seit vielen Jahrzehnten Tausende Mitarbeiter durch ihre Leistungen zum exzellenten Ruf der Wiener Medizin beigetragen haben, tragen ihre Namen seit mehr als hundert Jahren in der Tradition der Umstände ihrer Gründung.

1888 widmete die Fürstin Wilhelmine von Montléart-Sachsen-Curland zum 40-Jahr-Regierungsjubiläum von Kaiser Franz Joseph I. die Summe von 150.000 Gulden der Gemeinde Ottakring zum Bau eines Spitals. 1891 wurde dieses eröffnet und der Gönnerin zu Ehren Wilhelminenspital benannt.

Die Rudolfstiftung wurde 1858 von Kaiser Franz Joseph anlässlich der Geburt seines Sohnes und designierten Thronfolgers Rudolf gestiftet und 1865 eröffnet. Die Gründungsgeschichte des Kaiser-Franz-Josef-Spitals ist eng mit den im 19. Jahrhundert auftretenden Epidemien verbunden, für deren Behandlung zunächst das Communal-Epidemiespital (auch „Pockenhaus“) an der Triester Straße zuständig

war. In unmittelbarer Nähe dieser Institution wurde 1887 mit dem Bau eines weiteren Krankenhauses der Stadt Wien begonnen, dessen erster fertiggestellter Pavillon als Krankenhaus Favoriten eröffnet wurde. Nach einem Besuch durch den Kaiser 1889 wurde das Haus zum Kaiser-Franz-Joseph-Spital.

### Tradition der Namen

Es geht hier nicht um monarchistische Attitüden, sondern um die Tatsache, dass die medizinischen und pflegerischen Leistungen, welche in den vielen Jahrzehnten seit Bestehen dieser Häuser erbracht wurden, im Empfinden vieler Mitarbeiter und wohl auch Patienten mit der Tradition dieser Häuser verbundenen waren – auch mit ihrem Namen. Heute nennt man das Corporate Identity. Diese Einstellung ist ein leider unterschätzter, aber wichtiger Motivationsfaktor zur Erbringung gemeinschaftlicher Leistungen, aber auch zur Verbesserung des Arbeitsklimas.

Es ist löblich, dass die Generaldirektion des KAV die medizinische, pflegerische und therapeutische Qualität unserer solidarischen Medizin erhalten will. Die künftigen Herausforderungen zur strategischen Bewältigung der Spitzenmedizin auf technischen und pharmazeutischen Gebieten werden aufgrund unserer jetzigen Erfahrungen stets auch mit Blick auf völlig unerwartete, aber durchaus dramatische Ereignisse wie Pandemien geplant werden müssen. Dies wird leider nicht mit Kostenreduktionen bewältigbar sein, sondern mehr Geld kosten. Eine Namensänderung einzelner Krankenhäuser wird dazu keinen nennenswerten Beitrag leisten. Die Namen dieser Häuser sind im Bewusstsein der Bevölkerung fest verankert. So würde wohl auch die Umbenennung des Karl-Marx-Hofs in „Wohnanlage Döbling“ nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in Teilen der Stadtregierung auf wenig Zustimmung stoßen.

**Univ.-Prof. Dr. Othmar Zechner** war Leiter der Urologie im Wilhelminenspital.

WIR SETZEN AUCH IM HERBST WEITER AUF HERDENMENTALITÄT UND POLITIKERIMMUNITÄT



## Rechtliche Flurschäden der Coronakrise

**Die Glaubwürdigkeit ist gerade in Krisenzeiten ein sehr hohes Gut. Eine Zwischenlektion für die nächste Pandemie in fünf Punkten.**

VON KARL NEWOLE

Das die „Liebe in Zeiten der Cholera“ eine schwierige Angelegenheit ist, hat schon Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez in seinem berühmten Roman gezeigt. Als nicht minder schwierig hat sich die Gesetzgebung in Zeiten der Coronakrise herausgestellt.

Dies mag der Geschwindigkeit geschuldet sein, mit der konkrete Maßnahmen getroffen werden mussten. Wichtiger, als mit der Vergangenheit zu streiten, sind aber Lektionen für künftige vergleichbare Situationen, die schon diesen Winter auftreten könnten.

Im Folgenden eine Diskussionsgrundlage in fünf Punkten:

**1.** Es bedarf eines Gesetzes, das die wissenschaftlichen Grundlagen des Regierungshandelns offenlegt. Nicht nur zur besseren Legitimierung, sondern auch, um im Nachhinein beurteilen zu können,

ob einzelne Maßnahmen, die in Epidemiezeiten regelmäßig mit massiven Grundrechtseingriffen verbunden sind, auch sachlich gerechtfertigt sind. Die medizinische und ökonomische Wahrheit muss uns allen zumutbar sein.

### Eilverfahren für den VfGH

**2.** Der Verfassungsgerichtshof sollte in die Lage versetzt werden, in einem Eilverfahren vorläufig beurteilen zu können, ob einzelne Maßnahmen die Grund- und Freiheitsrechte in überschießender Weise beschränken. Wir alle erinnern uns noch, auf welcher schnoddrigen Art und Weise die Bundesregierung mögliche Verfassungswidrigkeiten von Gesetzen mit dem Hinweis abgetan hat, dies könne ohnehin von den Höchstgerichten beurteilt werden. Freilich, und das war die Pointe, erst zu einem Zeitpunkt, zu dem diese Normen nicht mehr in Geltung stehen würden. Wenn man bedenkt, um welch gravierende Fra-

gen es geht, etwa, ob man seinen Beruf ausüben darf, die Versammlungsfreiheit intakt bleibt, man zu einem sterbenden Angehörigen oder auch nur zu seinem Zweitwohnsitz darf, ist schnell erkennbar, dass man wenig davon hat, wenn eine gerichtliche Prüfung nur mehr von rechtshistorischem Interesse ist.

### Rechtsanspruch ausradiert

**3.** Die Krise durchläuft mehrere Etappen: Von der medizinischen über die wirtschaftliche, an deren Beginn wir uns derzeit befinden, letztlich wohl mündend in eine soziale, in der es um Fragen der Lastenverteilung gehen wird. Während es an der medizinischen Krisenbewältigung kaum ernst zu nehmende Kritik gibt, sind viele mit der Abfederung der wirtschaftlichen Folgen unzufrieden.

Das Epidemiegesetz hatte noch vorgesehen, dass Unternehmen ein Entschädigungsanspruch für Verluste infolge be-

## PIZZICATO

### Plausch unter „Sündern“

Ein Telefonat zwischen dem Bundespräsidenten und der Ex-Kanzlerin aus gegebenem Anlass: Plausch unter „Sündern“.

**Alexander Van der Bellen** (VdB): Mein Gott, ein Jahr ist es schon her, dass wir zwei in der Ibiza-Krise das Ruder der Republik übernommen haben. Wie geht's dir denn so in der Pension? Hast ja Zeit, auf Vernissagen und ins Theater zu gehen. Ach ja, das geht momentan nicht. Ich habe übrigens von deinem Malheur gehört. Das darfst du nicht so tragisch sehen. Nicht nett von der „Krone“, das so hochzuspielen. Mir haben sie ja auch übel mitgespielt.

**Brigitte Bierlein:** Dass mir das passieren muss, der früheren höchsten Richterin des Landes! So was von peinlich. Dabei hab ich eh nur zwei Gläserln getrunken. Na, vielleicht waren's drei. Und ausgerechnet dann kommt die Polizei vorbei.

**VdB:** Das musst du sportlich nehmen. Fährst halt mit dem Rad oder gehst spazieren – jetzt, da sie dir den Führerschein abgenommen haben. Das hat etwas Kontemplatives, gut für den Seelenfrieden. Und die Innenstadt ist für Autofahrer eh bald gesperrt.

**Bierlein:** Lieb von dir, dass du mich aufmuntern willst.

**VdB:** Zur Not, Brigitte, werde ich dich eben begnadigen. Komm demnächst bei mir in der Hofburg vorbei, dann plaudern wir, bei einem Kaffee mit Wasser. Prickelnd oder still? (vier)

Reaktionen an: [thomas.vieregge@diepresse.com](mailto:thomas.vieregge@diepresse.com)

## LESERPOST

**Leserbriefe bitte an:**  
Die Presse, Hainburger Straße 33,  
A-1030 Wien oder an  
[leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

### Rettet Strache Ludwig den Bürgermeistersessel?

„... Training für eine Koalition in Wien?“, Leitartikel von Dietmar Neuwirth, 16. 6.

Gegen Ende des Leitartikels erklärt der Autor vollmundig: „Eine türkis-grün-pinke Mehrheit wird es nicht geben, außer Grundrechnungsarten sind abgeschafft.“ Damit lehnt sich Neuwirth weit aus dem Fenster, zumal es auf jeden Fall eine Umfrage gibt, die diese Mehrheit bereits zeigt, und eine andere, die nicht weit davon entfernt ist. So nennt Unique Research für die ÖVP 25%, die Grünen 15% und die Neos 7%, wogegen die SPÖ mit 38% und die FPÖ mit 8% eingeschätzt werden. Aufsummiert ergibt dies 47% für

Türkis-Grün-Pink gegenüber 46% Rot-Blau. Der springende Punkt ist die Liste Strache, die in dieser Umfrage mit 5% eingestuft wird. Fällt diese Liste knapp unter 5%, bekommt sie kein Mandat und der Bürgermeister kann für die SPÖ verloren sein. Steigt Strache über 5%, rettet er damit möglicherweise Michael Ludwig.

**Mag. Paul Mychalewicz**, 1220 Wien

### Chinas Führung will die totale Kontrolle

„Im ‚Kriegsmodus‘ gegen die zweite Welle“ v. Fabian Kretschmer, 17. 6. Fabian Kretschmer hat möglicherweise in einer Nebenbemerkung unbewusst den Grund für die neuen radikalen Maßnahmen in Peking gefunden: „Mobile-Payment-Plattformen... weigern sich aus Datenschutzgründen, die Kontakinfos der... Kunden des Xinfadi-Großmarkts... weiterzugeben.“

Die derzeitige Führung will die vollkommene Kontrolle über ihre Untertanen (nicht Bürger), und das Argument Corona ist mehr als

willkommen, um diese lückenlos durchzusetzen. Der Unterschied zu den Vorgängern seit Deng Xiaoping wird leider im Westen viel zu wenig wahrgenommen. Diese ließen ein gewisses Maß an Freiheit (v. a. natürlich wirtschaftlich) für die Bevölkerung zu, solange die politische Macht der Partei nicht infrage gestellt wurde.

Xi hingegen hat sich nicht nur in die Verfassung schreiben lassen wie Mao, sondern will auch dessen totalitäre Kontrolle. Deshalb kann man auch nicht mehr damit rechnen, dass die wirtschaftliche Situation Chinas und der Wohlstand der Bevölkerung seine Handlungen wesentlich bestimmen. Es ist ihm viel eher zuzutrauen, dass er wie sein großes Vorbild in der Kulturrevolution und dem „Großen Sprung nach vorn“ alles Mögliche in Kauf nehmen würde, nur um seine Ideen und seinen unbeschränkten Machtanspruch durchzusetzen.

Dass in Europa viele die chinesische Geschichte „wie unsere perfekte Regierung das Virus in